



2018/42 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2018/42/pulp-fiction-im-konsulat>

Die mutmaßliche Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul

Pulp Fiction im Konsulat

Von **Oliver M. Piecha**

Die mutmaßliche Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul läuft den politischen und wirtschaftlichen Plänen des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman zuwider.

Das Ganze könnte ein Politthriller mit dem Titel »Die Khashoggi-Affäre« sein. Für einen klassischen Plot, etwa im Stil Eric Amblers oder John le Carrés, wäre es allerdings zu blutig und stumpf: Ein Dissident betritt eine diplomatische Vertretung seines Landes und kommt nicht mehr heraus, denn er wird bei einem womöglich völlig aus dem Ruder gelaufenem Folter- oder Entführungsversuch mit der Säge zerteilt. Das ist eher aus dem Splatter- und Trash-Genre geschöpft. Tatsächlich hat eine der ominösen Quellen aus der türkischen Regierung gegenüber der *New York Times* auf den Film »Pulp Fiction« verwiesen, um die Drastik der Vorwürfe gegenüber der saudischen Regierung zu unterstreichen. Ob das ironisch gemeint war, sei dahingestellt, der Gedanke ist jedenfalls beunruhigend. Eines ist aber klar: Wie immer diese Affäre ausgeht, sie ist jetzt schon desaströs für das saudische Herrscherhaus und dessen Kronprinzen Mohammed bin Salman.

Fakten sind nur wenige bekannt: Der seit vergangenem Jahr im selbstge wählten Exil lebende saudische Journalist Jamal Khashoggi betrat am 2. Oktober das saudische Konsulat in Istanbul, um Scheidungspapiere abzuholen.

Seine draußen wartende Verlobte sah ihn nicht mehr aus dem Konsulat kommen, ebensowenig wie irgendjemand sonst. Es dauerte nicht lange, bis die Türkei Aufklärung über das Schicksal Khashoggis verlangte und Informationen durchsickerten, die Türken hätten Beweise für den Mord an Khashoggi und die Zerteilung seiner Leiche. Bald waren Bilder aus Überwachungskameas im Netz zu finden, die eine 15köpfige saudische Gruppe zeigten, die zum Zeitpunkt des Verschwindens Khashoggis mit einem Privatjet in die Türkei einreiste, das Konsulat besuchte und am selben Tag wieder ausreiste. Einer dieser Saudis soll Pathologe sein, ein drehbuchreifes Detail, ebenso wie die kolportierte Nachricht, Khashoggi habe seine Apple Watch auf Aufnahmemodus gestellt, bevor er das Konsulat betrat. Womöglich hat die Türkei dort auch alles verwanzt.

Es folgten Kolportagen weiterer angeblicher Details der Affäre und weltweite Stellungnahmen. Selbst die Bundesregierung ist »sehr besorgt«. US-Präsident Donald Trump mochte in einem Fernsehinterview nicht ausschließen, dass die Saudis Khashoggi, der zuletzt in den USA lebte, ermordet haben könnten – obwohl Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, der beste Beziehungen nach Saudi-Arabien unterhält, gleich beim Kronprinzen angerufen hatte, um nachzufragen. Trump sprach sogar von einer möglichen Bestrafung Saudi-Arabiens, wobei er ein Aussetzen US-amerikanischer Waffenlieferungen vorsorglich ausschloss. Einige einflussreiche US-Senatoren forderten Sanktionen gegen Saudi-Arabien.

Die Saudis antworteten mit einer bizarren Verzweiflungsgeste: Der Leiter des unter staatlicher Kontrolle stehenden Senders al-Arabiya drohte, Saudi-Arabien könne sich seinem erklärten Todfeind Iran annähern und Russland eine Militärbasis auf eigenem Boden anbieten – die zusätzliche Drohung, über den Ölpreis auch noch die Weltwirtschaft zu ruinieren, war da vergleichsweise harmlos. Trump jedenfalls schickte schnell seinen Verteidigungsminister Mike Pompeo zu »Krisengesprächen« nach Riad, die Saudis öffneten ihre diplomatische Vertretung für türkische Forensiker. Und wohl nicht ganz zufällig tauchten die ersten ominösen Quellen auf, die wissen wollten, dass die Saudis ein kleines Missgeschick zugeben könnten, eine Art Fehler bei einem freundlichen Verhör, mit entsprechender Bestrafung der verantwortlichen niederen Chargen. So berichtete der Sender CNN am Montag mit Berufung auf ungenannte Quellen, Saudi-Arabien arbeite an einem Bericht, in dem es um einen nicht genehmigten Einsatz gehe. Trump mutmaßte gar, ob nicht »abtrünnige Killer« die eigentlichen Schuldigen sein könnten.

Vielleicht bekommt die Geschichte noch eine ganz andere Wendung, denn die Vorgeschichte dieser Affäre ist komplex. Man könnte mit der Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien auf der einen und der Türkei und Katar auf der anderen Seite beginnen. Letztere unterstützen die Muslimbrüder, während die offizielle saudische Politik sie verdammt, wobei Khashoggi frühe Sympathien für die Muslimbrüder nachgesagt werden.

Seit dem Verschwinden Khashoggis kündigen immer mehr Geschäftspartner der Saudis den Rückzug von einer Investorenkonferenz in Riad an.

Aber sind nicht doch die jeweiligen Ambitionen des türkischen Präsidenten und des saudischen Kronprinzen wichtiger als vorgebliche ideologische Positionen? Khashoggi ist nicht irgendein saudischer Dissident unter vielen; er war sehr prominent, gehörte zur Führungsschicht des Königreichs mit engen Bindungen zum Herrscherhaus und wusste mit Sicherheit über Interna Bescheid. Er ist einer der bekanntesten arabischen Journalisten, hat 1,7 Millionen Follower auf Twitter und seine Kolumne in der Washington Post wird auf der ganzen Welt gelesen.

Welcher Geheimdienst bringt im Internetzeitalter einen derart bekannten Oppositionellen in einem Konsulat in einem Land um, mit dem es politische Spannungen gibt – zumal während draußen die Verlobte wartet? Die Spekulationen, es könne sich nur um eine fehlgeschlagene Entführung handeln, waren durchaus plausibel. Dafür gäbe es verstörende Vorbilder. In den Golfstaaten werden Problemfälle gerne ohne formelle Anklage und unter Ausschluss der Öffentlichkeit gelöst. Seit dem Amtsantritt des greisen

Königs Salman 2015 und der Installation seines jungen Sohnes Mohammed bin Salman als de facto-Herrscher Saudi-Arabiens wird der Machtkampf innerhalb des Königshauses zudem ungewöhnlich offen und brutal ausgetragen. Drei Prinzen sind seither aus dem Ausland verschwunden – ihre Flugzeuge bogen plötzlich nach Saudi-Arabien ab oder sie wachten anderweitig wieder »zu Hause« auf. Ende 2017 wurde ein Luxushotel in Riad zum Internierungslager umfunktioniert; über 200 Angehörige der Führungsschicht mussten große Teile ihres Besitzes im Rahmen der Korruptionsbekämpfung dem Staat überschreiben – der allerdings identisch ist mit der Schatulle des Hauses Saud.

Mohammed bin Salman selbst schätzte gerade in einem Interview mit *Bloomberg*, dass dabei ungefähr 35 Milliarden US-Dollar eingenommen worden seien. So verloren etwa Teile der Familie bin Laden ihr riesiges Bauunternehmen und manche Königssöhne bis heute ihre Bewegungsfreiheit.

Das saudische Herrscherhaus umfasst zwar viele Tausend Mitglieder, aber nur ein paar Clans sind wirklich mächtig und unter diesen beansprucht der junge Kronprinz nun die alleinige Macht. Das ist für Saudi-Arabien ein ungewöhnlicher Generationswechsel, im Grunde eine Folge des sogenannten arabischen Frühlings, nur als Wandel von oben: gesellschaftliche Öffnung und private Freiheiten ohne Demokratisierung.

Khashoggi hat in einem jüngst veröffentlichten Podcast in der Reihe »Arab Tyrant Manual« die Bedeutung der Ereignisse von 2011 für sein persönliches Bekenntnis zu Reform und Demokratie hervorgehoben: »Es geht immer um den arabischen Frühling.« In seinen Kolumnen für die *Washington Post* kritisierte er unter anderem die – trotz aller Reformversprechen – wachsende Repression in Saudi-Arabien und die Verhaftungen von Intellektuellen, Journalisten und auch Klerikern, von denen die Mehrheit allenfalls »ein bisschen kritisch gegenüber der Regierung« sei, wohingegen viele Mitglieder des obersten Rats der Religionsgelehrten »extremistische Ideen« verträten.

Der saudische Kronprinz steht unter Druck. Mit seinem Plan »Vision 2030« will er nicht nur neue Perspektiven für das völlig von Erdöl abhängige Königreich schaffen, sondern auch die ganze Region wandeln, etwa durch den Bau neuer Städte am Golf. Widerspruch duldet er dabei nicht. Nach dem Verschwinden Khashoggis kündigen allerdings immer mehr Geschäftspartner öffentlich ihren Rückzug von der anstehenden großen Investorenkonferenz in Riad an, darunter Vertreter der Investmentunternehmen Blackrock, Blackstone und Bain Capital, der Bank JP Morgan und des Transportvermittlungsdienstes Uber. Der nicht zuletzt mit teurer PR erkaufte kurze Ruhm des Kronprinzen hat bereits an Glanz verloren. Der Krieg im Jemen, den man den Saudis für ihren Rückzug aus Syrien genehmigt hat, hat sich zur humanitären Katastrophe entwickelt, ohne dass die vom Iran unterstützten Huthis geschlagen werden können. In Syrien hat Saudi-Arabiens Hauptfeind Iran erst einmal gewonnen.

Der Iran beherrscht überhaupt das Feld, deswegen braucht Saudi-Arabien Trump, der die unter seinem Vorgänger Barack Obama erfolgte Annäherung an die Islamische Republik Iran beendet hat. Das Verschwinden und die mutmaßliche Ermordung Khashoggis sind für die Pläne des Kronprinzen ein enormes Problem. Unter den internationalen Investoren ist nicht ausgemacht, ob bin Salman der junge populäre Führer ist, der Saudi-Arabien eine

zukunftsfähige politische und wirtschaftliche Form geben kann, oder nur ein weiterer Diktator, der seinen Schergen Anweisungen gibt, einen missliebigen Dissidenten zu ermorden. Letzteres wäre schlecht für das Geschäft, so viel hat sich seit Saddam Husseins Sturz in der Region dann doch geändert.

Auf die autoritären Machthaber ist auch kein Verlass mehr. Dafür steht Khashoggi: Er kommt aus einer illustren Familie, sein Onkel Adnan war Waffenhändler im großen Stil und Mitglied des Jetset. Khashoggi wird nun zum Symbol der Meinungsfreiheit. Sein mutmaßlich gewaltsamer Tod symbolisiert insofern einen neuen Nahen Osten. Höchstwahrscheinlich wird es nicht zu wirklichen Sanktionen gegen Saudi-Arabien kommen.

Machtpolitisch und strategisch können Europa und die USA die Saudis kaum fallenlassen. Aber diese Heuchelei wird stärker stinken als je zuvor.